

Die Mitte entscheidet, ob die Schweiz neue AKW bauen kann

Die energiepolitischen Pole der Partei entfernen sich weiter voneinander – nun schlägt die Stunde der Abweichler

MATTHIAS VENETZ, BERN

Der Moment der Entscheidung ist zugleich Stärke und Schwäche der Mitte-Partei. Wenn die beiden Kammern des Parlaments in zwei gleich starke Blöcke zerfallen, entfaltet sie ihre Macht. Vorausgesetzt, sie stimmt geschlossen. Immer wieder ist die Mitte in wichtigen Fragen allerdings selbst zerrissen. In diesen Fällen bemüht sich die Parteiführung jeweils, die Differenzen herunterzuspielen und ihre eigene Ohnmacht zu relativieren.

So ist es auch bei der Frage, ob der Bau von Atomkraftwerken (AKW) in der Schweiz wieder erlaubt werden soll. Anfang Woche hat sich die zuständige Kommission des Nationalrates für den indirekten Gegenvorschlag zur Black-out-Initiative ausgesprochen. Mit der kleinstmöglichen Mehrheit. 13 Mitglieder waren dafür, 12 dagegen.

Ausschlaggebend dürfte die Stimme von Nicolò Paganini, dem St. Galler Mitte-Nationalrat, gewesen sein. Paganini überstimmte nicht bloss Grüne und Sozialdemokraten, sondern auch seine eigenen Parteikollegen. Der Entscheid in der Kommission könnte wegweisend sein für den Ausgang im Nationalrat und die darauffolgende Volksabstimmung.

Eine Frage der Souveränität?

Im März hatte sich der Ständerat für die Aufhebung des Neubauverbots ausgesprochen. Grüne, Grünliberale, Sozialdemokraten und Mitte-Partei sprachen sich zuvor dagegen aus. Doch ausschlaggebend waren ausgerechnet die (männlichen) Vertreter der Mitte-Partei.

Unter den Mitte-Ständeräten dominieren in Energiefragen seit Jahren souveränitätspolitische Töne. Die Versorgungssicherheit, das beteuern sie immer wieder, sei ihr oberstes Leitmotiv. Meinungsstarke Wortführer wie Beat Rieder setzen im Plenum gerne zu Brandreden an und mahnen ihre Ratskollegen, nicht Partikularinteressen von Konzernen oder Verbänden, sondern jene des Landes zu verfolgen. Mit dem Mitte-Politiker Peter Hegglin sitzt zudem ein Mitinitiant der Blackout-Initiative im Ratssaal.

Im Nationalrat prägen hingegen Befürworter von Wind- und Solarstrom die energiepolitische Aussenwirkung der Partei. Zum Beispiel Priska Wismer-Felder, Nationalrätin aus dem Kanton Luzern und Co-Präsidentin von AEE Suisse, dem Verband für erneuerbare Energien. Oder aber der Solothurner



Das letzte Wort darüber, ob die Kernkraft (im Bild Gösgen) ein Comeback feiern wird, wird wohl das Volk haben. GAETAN BALLY / KEYSTONE

Nationalrat Stefan Müller-Altermatt, der zur laufenden Diskussion um neue Atomkraftwerke in der «Arena» fragte: «Warum ein totes Pferd weiterreiten?»

Kürzlich trugen einige dieser Exponenten ihre Differenzen auch öffentlich aus. Nach dem Entscheid des Ständerates vom Frühjahr schrieb Müller-Altermatt in einem Gastbeitrag bei CH Media: Die Ständeräte seiner Partei hätten «den erfolgreichen Weg der Energiestrategie designt», nun aber seien sie einem Bären von Energieminister Rösti aufgefressen, denn die Energiewende sei auf Kurs und die Korrektur des ständerrätlichen Entscheids «eine dankbare Aufgabe». Ist sie das wirklich?

Sollten die Mitglieder der SVP- und der FDP-Fraktion im Nationalrat geschlossen für den Neubau von AKW stimmen, fehlt für eine Mehrheit bloss ein halbes Dutzend Stimmen aus der Mitte-Fraktion. Aus dem Lager der Atombefürworter gibt es bereits zuversichtliche Prognosen: Ein bürgerlicher Energiepolitiker ausserhalb der Mitte-Partei rechnet mit einer soliden Mehrheit für den Gegenvorschlag. «Vorsichtig optimistisch» ist auch Susanne

Vincenz-Stauffacher, Co-Präsidentin der FDP und Mitglied der Energiekommission. Was ihre eigene Partei betrifft, geht sie von «einer sehr breiten Zustimmung» aus.

Nicolò Paganini – der 13. Mann in der Energiekommission – verzichtet auf Weissagungen, hält auf Anfrage aber fest: Vor allem im Winter stehe die Schweiz hinsichtlich der Stromversorgung künftig vor grossen Herausforderungen. «Die Option Atomkraft möchte ich da nicht schon heute ausschliessen.»

Geschlagen geben sich die Atomgegner in der Mitte allerdings noch nicht. Nationalrätin Wismer-Felder etwa sagt, sie habe den Kommissionsentscheid mit «viel Unverständnis und Bedauern» zur Kenntnis genommen. Sie spüre im Nationalrat aber, dass «grosse Teile» ihrer Partei den eingeschlagenen Weg in der Energiepolitik fortsetzen und sich weiter auf den Zubau der Erneuerbaren fokussieren möchten. «Die Energiewirtschaft braucht Klarheit und nicht widersprüchliche Signale in alle Richtungen.»

Es scheint unwahrscheinlich, dass die energiepolitischen Pole in der Mitte-

Partei noch zu deckungsgleichen Positionen gelangen. In der Partei hat man Erfahrung damit. So sagt etwa ein Gegner neuer AKW, man sei eben eine «Volkspartei», die nicht von Herrliberg oder dem Parteisekretariat gesteuert sei. Gegenteilige Positionen unterbinde man nicht. Sie können koexistieren.

In diese Richtung argumentiert auch Yvonne Bürgin. Als Fraktionschefin ist sie dafür verantwortlich, die Polyphonie in ihrer Fraktion zu dirigieren. «Wir haben in unserer Partei einfach verschiedene Haltungen dazu, was alles in den Gegenvorschlag hineingehört.»

Verzögerungstaktiken

Tatsächlich gibt es bereits konkrete Ideen, die Möglichkeiten eines Neubaus so einzuschränken, dass auch die Mitte zustimmen könnte. Darunter fällt der Vorschlag, nur Atomkraftwerke der «Generation 4» zuzulassen, oder die Forderung, Haftungsfragen schon jetzt zu klären. Am weitesten geht ein Antrag, der fordert, dass einem Neubau sämtliche umliegenden Gemeinden zustimmen müssten. Unterstützung dürften

solche Auflagen auch aus der Finanzkommission erhalten. Sie hat in einem Bericht bereits gefordert, dass in den kommenden Diskussionen auch «finanzielle Risiken» geklärt werden müssten. Befürworter neuer AKW buchen all diese Anträge jedoch als «Verzögerungstaktik» ab.

Was weiter auffällt: Um von der eigenen Gespaltenheit abzulenken, verweisen mehrere Vertreter der Mitte-Partei auf die FDP und deren Mühen mit der Atomkraft. Schon vor fünf Jahren forderte der damalige FDP-Präsident Thierry Burkart parteiintern neue AKW. Widerstand kam damals von Susanne Vincenz-Stauffacher, die inzwischen seine Nachfolgerin geworden ist. Sie rang Burkart damals einen Kompromiss ab und erklärte, sie verschliesse

«Wir haben in unserer Partei einfach verschiedene Haltungen dazu, was alles in den Gegenvorschlag hineingehört.»

Yvonne Bürgin
Fraktionschefin

sich neuen AKW nicht. Vorausgesetzt, es handle sich um eine neue Generation. Heute unterstützt auch sie den Gegenvorschlag ohne diese Einschränkung.

Vincenz-Stauffacher erkennt darin allerdings keinen Widerspruch. «Die heutige Position der FDP stimmt mit der damaligen überein, da wir klar gesagt haben, langfristig müsse ein Neubau bei Bedarf möglich sein.» Die Beschränkung auf Kraftwerke einer neuen Generation sei damals notwendig gewesen, weil der Zubau der Erneuerbaren nicht vorankam. Das habe sich nun geändert. Der Gegenvorschlag gefährde den Ausbau keineswegs, sondern schaffe eine weitere Option im Energiemix der Schweiz.

Sollte der Gegenvorschlag in der Juni-Session tatsächlich eine Mehrheit finden, dürfte diese Argumentation auch für einige Mitte-Nationalräte interessant werden. Denn auf die Abstimmung im Parlament wird eine vor dem Volk folgen. Die Grünen haben bereits ein Referendum angekündigt.